

C: Angebotsschreiben

Name des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft

Bei Bietergemeinschaft: Name des bevollmächtigten Vertreters der Gemeinschaft

Anschrift, Ansprechpartner, Telefon/Fax/E-Mail des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Steuernummer und ggf. Umsatzsteuer-ID des Bewerbers bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbungsgemeinschaft

Handelsregistereintragung des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft, soweit vorhanden

Angaben zur Größe des Bieters
☐ Kleinst unternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. EUR Umsatz) ☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. EUR Umsatz) ☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. EUR Umsatz) ☐ Groß unternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. EUR Umsatz)

Angabe zur Nationalität des wirtschaftlich Berechtigten
☐ Das Unternehmen ist börsennotiert. ☐ Das Unternehmen ist nicht börsennotiert. Der wirtschaftliche Eigentümer (d. h. der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 Geldwäschegesetz) des Unternehmens besitzt folgende Staatsangehörigkeit:

Ich/wir biete/n die Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung auf Basis der vorgegebenen vertraglichen Bedingungen und zu den nachfolgend genannten Konditionen an. Ich/Wir halte/n uns an mein/unser Angebot bis zum Ablauf der vom Auftraggeber festgelegten Bindefrist gebunden. Ich/wir

erkläre/n, dass meine/unsere Erklärungen und Angaben zutreffend sind. Mir/uns ist bewusst, dass ich/wir bei fehlenden oder unzutreffenden Angaben von dem Verfahren ausgeschlossen werden kann/können.

Mein/unsere Angebot umfasst neben diesem Formblatt folgende Bestandteile:

1. Haftpflichtversicherung.

Bitte Deckungsbestätigung oder rechtsverbindliche Erklärung zur Deckungsgewährung der Versicherung beifügen. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).

2. Referenzblatt (Anlage C01).

Bitte füllen Sie das Formblatt **vollständig** aus. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).

3. Nachunternehmerverzeichnis (Anlage C02).

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Ziffer II.2. der Verfahrensbedingungen (**Teil A**). **Bitte geben Sie die Anlage auch dann ausgefüllt ab, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.**

4. Im Falle der Eignungsleihe: Rechtsverbindlich unterzeichnete Verpflichtungserklärung (Anlage C03) in erforderlicher Anzahl.

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Ziffer II.3. der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

5. Im Falle einer Bietergemeinschaft: Rechtsverbindlich unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung (Anlage C04).

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Ziffer II.4. der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

6. Preisblatt (Anlage C05).

Bitte füllen Sie das Formblatt **vollständig** aus. Bitte beachten Sie, dass fehlende Angaben in diesem Formblatt gemäß § 56 Abs. 3 Satz 2 VgV nur sehr eingeschränkt nachgefordert werden dürfen und daher zum Ausschluss des Angebots führen können.

7. Projektumsetzungskonzepte (gemäß Vorgaben in Anlage A02, dort Ziffer 2).

Bitte gehen Sie in gesonderten Konzepten auf die vom Auftraggeber vorgegebenen Bestandteile **vollständig** ein und beachten Sie dabei die Mindestanforderungen in **Ziffer 2 der Anlage A02**. Bitte beachten Sie außerdem, dass fehlende Konzepte als wertungsrelevante Unterlagen nicht nachgefordert werden dürfen (§ 56 Abs. 3 Satz 1 VgV) und daher zum Ausschluss führen.

I. Jahresumsatz

Angabe des Jahresumsatzes (EUR, netto):

	Jahresumsatz insgesamt	Jahresumsatz aus der Beratung von KMU im Wissens- und Technologietransfer sowie der Fördermittelberatung für Innovationsprojekte
2023		
2024		
2025		

II. Gesetzliche Ausschlussgründe

1. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐

Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

☐

Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt wurde**, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

2. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐

Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.

☐

Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

3. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐

Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen

erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung **begangen wurde**, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

III. Erklärung nach § 4 Abs. 1 NTVergG

Bitte ankreuzen:

☐ Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Dienstleistungen

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohn-gesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fas-sung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen und
2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben die-ser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
 - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
 - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
 - den auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
 - aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemein-verbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

☐ Soweit ich/wir Nachunternehmer einsetze/n, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns weiter-hin, den eingesetzten Nachunternehmern die vorstehende Erklärung sowie ggf. den Nach-weis nach § 8 Abs. 2 NTVergG abzuverlangen und diese Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen.

IV. Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu

Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Bitte ankreuzen:

- ☐ Der Bieter/die Mitglieder der Bietergemeinschaft gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
- a) durch die russische Staatsangehörigkeit oder die Niederlassung in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter/an einem Mitglied der Bietergemeinschaft über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
 - c) durch das Handeln des Bieters/eines Mitglieds der Bietergemeinschaft im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf welche die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.
- ☐ Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
- ☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

C01: Referenzblatt

Referenzleistung 1): Beratungsleistungen im Bereich Wissens- und Technologietransfer	
Bezeichnung des Auftrags	
Auftraggeber	
Anschrift	
Ansprechpartner	
Telefonnummer	
E-Mail	
Leistungsinhalte des Auftrags	
Auftragsvolumen (Euro)	
Leistungszeitraum	

Referenzleistung 2): Fördermittelberatung für Innovationsprojekte	
Bezeichnung des Auftrags	
Auftraggeber	
Anschrift	
Ansprechpartner	
Telefonnummer	
E-Mail	

Leistungsinhalte des Auftrags	
Auftragsvolumen (Euro)	
Leistungszeitraum	

Referenzleistung 3): Abwicklung von EFRE-Förderungen	
Bezeichnung des Auftrags	
Auftraggeber	
Anschrift	
Ansprechpartner	
Telefonnummer	
E-Mail	
Leistungsinhalte des Auftrags	
Auftragsvolumen (Euro)	
Leistungszeitraum	

C02: Nachunternehmerverzeichnis

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Der Einsatz von Nachunternehmern ist **nicht** vorgesehen, alle Leistungen werden im eigenen Unternehmen ausgeführt.
- ☐ Die nachfolgend genannten Leistungen sollen durch Nachunternehmer ausgeführt werden:

Name und Anschrift des Nachunternehmers	Art und Umfang der Leistung

C03: Verpflichtungserklärung (bei Eignungsleihe)

Name und Anschrift des Eignungsverleihers

Wir bestätigen hiermit dem Bieter/der Bietergemeinschaft zur Vorlage und Bestätigung gegenüber dem Auftraggeber, dass wir uns verbindlich gegenüber dem Bieter/der Bietergemeinschaft verpflichten, im Fall der Zuschlagserteilung an den Bieter/die Bietergemeinschaft, diesem/dieser gegenüber Leistungen zu erbringen und Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir bestätigen, dass wir über die erforderlichen Mittel verfügen und diese dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Falle der Zuschlagserteilung in dem zur Leistungserbringung erforderlichen Maß zur Verfügung stellen.

Im Übrigen erklären wir wie folgt:

1. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐

Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union

oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

☐

Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt wurde**, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

2. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐

Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.

☐

Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

3. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐

Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,

- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.

☐

Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung **begangen wurde**, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

C04: Bietergemeinschaftserklärung (bei Bietergemeinschaft)

Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #1 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #2 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #3 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #4 der Bietergemeinschaft

Wir bilden eine Bietergemeinschaft und erklären, dass

- der o. g. Vertreter bevollmächtigt wird, die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren rechtsverbindlich zu vertreten,
- die Mitglieder der Bietergemeinschaft im Falle einer Auftragserteilung als Gesamt-schuldner haften,
- die im Angebot abgegebenen Erklärungen zum Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gleichermaßen gelten.

Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

Weiteres Mitglied #1 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

Weiteres Mitglied #2 der Bietergemeinschaft:

.....

Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

Weiteres Mitglied #3 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

C05: Preisblatt

Stundensatz inkl. sämtlicher Kosten der Leistungserbringung (siehe Leistungsbeschreibung)	
Kalkulationsmenge (zur Ermittlung des Preises je Tagewerk)	8,00 Stunden
Stundensatz x Kalkulationsmenge = Preis je Tagewerk (netto)	
Umsatzsteuer 19 %	
Preis je Tagewerk (brutto)	

Es gilt folgende Mindestanforderung: Der angebotene Preis je Tagewerk darf den gemäß Ziffer 5.6.2 WTTKMUErl (**Anlage B01**) zulässigen Maximalbetrag von 1.200 EUR (= Stundensatz x 8 Stunden) **inklusive Umsatzsteuer** nicht überschreiten. Angebote, die einen höheren Preis beinhalten, werden ausgeschlossen.